



Antwort
zur Anfrage Nr. AF/0052/2020

Vorlage: AW/0068/2020		Datum: 26.06.2020	
Kulturdezernentin			
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.: 40	
Betreff:			
Antwort zur Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Universität Koblenz			
Gremienweg:			
02.07.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

Antwort:

1. Frage:

Der Stadtrat hat bereits in seiner Sitzung am 13.12.2019 seine deutlich kritische Haltung zu der in der Einleitung beschriebenen Entwicklung zum Ausdruck gebracht. In welcher Form und wann konkret hat die Stadt diese Position des Stadtrates gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz kommuniziert?

Antwort:

Die im Stadtrat verabschiedete Resolution wurde der Landesregierung unmittelbar nach der Stadtratssitzung übermittelt. Der Oberbürgermeister und die Bildungs- und Kulturdezernentin befinden sich hinsichtlich des Verselbständigungsprozesses der zukünftigen Universität Koblenz auf verschiedenen Ebenen im kontinuierlichen Dialog mit Vertretern des zuständigen Ministeriums.

2. Frage:

Aktuell finden im rheinland-pfälzischen Landtag entscheidende Beratungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz statt. Wurde der Stadt Koblenz seitens des Landes, in welcher Form auch immer, die Möglichkeit eingeräumt, dazu eine Stellungnahme abzugeben, und wenn ja, wann und mit welchem Inhalt ist diese Stellungnahme erfolgt?

Antwort:

Der Oberbürgermeister und die Bildungs- und Kulturdezernentin nutzen den kontinuierlichen Dialog mit dem Ministerium und der Landesregierung, um die Haltung der Stadt Koblenz hinsichtlich der strukturellen Entwicklung der Universität Koblenz deutlich zu machen. Die Entscheidungskompetenz zur Neuordnung der Hochschullandschaft liegt bei der Landesregierung und dem zuständigen Ministerium. Eine gesonderte Stellungnahme der Stadt war nicht vorgesehen und ist nicht erfolgt.

3. Frage:

Welche weiteren Initiativen plant die Stadt Koblenz, um dem Ziel einer starken und zukunftsfähigen eigenständigen Universität Koblenz gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz Nachdruck zu verleihen und politisches Gehör zu verschaffen?

Antwort:

Der Stadtvorstand der Stadt Koblenz vertritt die Interessen der Stadt Koblenz u.a. in der Wirtschafts- und Wissenschaftsallianz. Darüber hinaus erfolgt die strategische Ausrichtung der Stadtverwaltung mit Ziel einer starken und zukunftsfähigen eigenständigen Universität Koblenz unter regelmäßiger Einbeziehung relevanter Akteure wie der Initiative Region Koblenz-Mittelrhein, dem Freundeskreis

der Universität Koblenz oder Pro Justiz. Entsprechende Strategiegelgespräche fanden u.a. im September und November unter Beteiligung des Oberbürgermeisters und der Bildungs- und Kulturdezernentin statt. Diese dialogorientierte Strategieentwicklung findet auch darin Ausdruck, dass diese Initiativen als Gäste zu den Sitzungen des Ausschusses für Hochschulfragen eingeladen werden. Für Anfang Juli ist zudem ein Treffen der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald geplant, bei dem es schwerpunktmäßig um die Entwicklung der Universität Koblenz gehen wird.

Im Sinne einer zukunftsfähigen Universität Koblenz unterstützt die Stadtverwaltung auch die von der Universität Koblenz-Landau, der Hochschule Koblenz und der Wirtschafts- & Wissenschaftsallianz Koblenz erarbeiteten und von der IHK und in Koblenz ansässigen Unternehmen und Behörden unterstützten Vorschläge zur Profilierung der Universität Koblenz in den Bereichen „Health Data Intelligence“ und „Hydrologie und Wasserwirtschaft“. Beide Schwerpunkte sind stark forschungsorientiert und zukunftsgestaltend, sowohl in der profilbildenden Forschung als auch in den Studienangeboten.

Zudem ergeben sich im Zuge von großen Projekten - wie der kontinuierlichen Weiterentwicklung von Koblenz als MINT-Region oder der Partnerschaft für Demokratie - sowie in zahlreichen weiteren Aktivitäten u.a. mit dem Fachbereich Kulturwissenschaft durch die konsequente Einbindung der Universität Koblenz-Landau weitere Profilierungspotenziale.

Dieser partizipationsorientierte Ansatz bei der städtischen Auseinandersetzung mit der zukünftigen Eigenständigkeit der Universität Koblenz sichert in erheblichem Maße die erhöhte Aufmerksamkeit der Landesregierung hinsichtlich der Wünsche und Erwartungen seitens der Stadt Koblenz und der gesamten Region.

4. Frage:

Der eigens zu diesem Zweck ins Leben gerufene städtische Ausschuss für Hochschulfragen hat seit der Kommunalwahl im Mai 2019 nur ein einziges Mal getagt. Warum wird in dieser entscheidenden Phase dieses Instrument der politischen Willensbildung nicht stärker genutzt?

Antwort:

Der Ausschuss für Hochschulfragen wurde in der konstituierenden Sitzung des neuen Stadtrats am 27. Juni neu eingerichtet und konnte wie mehrfach ausgeführt erstmals im Januar 2020 stattfinden. Der Sitzungskalender für 2019 war bei der Einberufung des Ausschusses bereits komplett belegt. Mit dem 29. Januar wurde der erste mögliche Termin genutzt. Vorgesehen ist ein Sitzungsrhythmus von zwei Ausschusssitzungen pro Jahr. Entsprechend wurde für den 27. August 2020 eine zweite Ausschusssitzung terminiert.

Bei der Sitzung des Hochschulausschusses im Januar hatte die Bildungs- und Kulturdezernentin im Zuge der Diskussion um einen erweiterten Forderungskatalog von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen einen zusätzlichen Gesprächstermin vorgeschlagen und für den Juni angekündigt. Zum Hintergrund: Die Universitätsleitung hatte im Hochschulausschuss im Januar signalisiert, dass sie bezüglich des weiterführenden Forderungskatalogs aufgrund des Status quo des im Januar bestehenden Entwicklungsprozesses noch nicht Stellung nehmen wollte, zur Jahreshälfte die Entwicklungsschritte jedoch so weit vorangeschritten seien, dass man erforderliche Unterstützungshilfen bzw. Proklamationen dann eher konkretisieren könne. Der Juni wurde daher gemeinsam als sinnvoller Zeitpunkt für einen zusätzlichen Gesprächstermin erachtet. Der Termin hat am 17. Juni im Rathaus stattgefunden.

5. Frage:

Ist eine weitergehende Beratung des Themas im Stadtrat vorgesehen, und wenn ja, wann?

Antwort:

Bei der Sitzung des Stadtrats am 2. Juli wird durch die Stadtverwaltung eine Beschlussvorlage zur Neuausrichtung der Universität Koblenz eingebracht.